Herr Rupp machte auf die finale Version des 2. Änderungspapieres und auf die Synopse der Änderungsanträge zum Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2019 aufmerksam, die allen Ratsmitgliedern als Nachreichung versandt wurden.

Zum 2. Änderungspapier wurden keine Fragen aus der Politik gestellt.
Herr Rupp rief dann die lfd. Nr. 1 der Synopse der Änderungsanträge der Fraktionen auf.

Frau Jung erklärte, dass der Tenor ihres Prüfauftrages nicht „die Problematik Glascontainer Hangelar Bachstraße“ gewesen wäre, sondern der Antrag hätte sich auf die Einführung von Glascontainern nach dem Beschluss des UPV vom 17.03.2015 bezogen. Diese Problematik würde jetzt auf die Bachstraße fokussiert. In der letzten Sitzung wäre aber gesagt worden, dass die Standorte überprüft werden sollten, um dann den optimalen Standort für Unterflurcontainer, und das habe jetzt mit den Containern für sie überhaupt nichts zu tun, zu ermitteln.

Der Bürgermeister erläuterte, dass die Problematik „Bachstraße“ wäre, aber das bedeute nicht, dass dort die Unterflurcontainer hinkämen. Wo die Unterflurcontainer installiert werden könnten, würde derzeit geprüft. Der Auftrag wäre nur gewesen, für einen Unterflurcontainer Haushaltsmittel bereit zu stellen. Dies wäre noch kein Ergebnis, wo diese hinkommen. Dies habe auch nichts damit zu tun, ob an der Bachstraße die Container durch eine mögliche Verlegung vielleicht verändert würden.

Herr Metz unterstützte die Aussage des Bürgermeisters, dass es hier nur um die zur Verfügung Stellung von Haushaltsmitteln für die Unterflurcontainer ginge und nicht um die möglichen Standorte. Sie würden beantragen, die Mittel für zwei Unterflurcontainerstandorte in den Haushalt aufzunehmen. Wo dies dann genau in Hangelar und Mülldorf passiere, das würde man nach den Prüfungen der Verwaltung sehen. Die anderen Standorte sollten dann alle überprüft werden.

Herr Schell betonte, dass sie sich alle einig wären, dass eine Gesamtschau aller Containerstandorte durchgeführt werden müsse. Die Kosten für die Umsetzung der Unterflurcontainer seien deutlich höher als im Ausschuss angenommen. Es müsse noch geklärt werden, wie das weitere Prozedere dann ablaufen könne, z.B. wie können die Kosten im Haushalt gedeckt werden, werden alle Standorte nochmal im UPV beraten, hat die RSAG überhaupt die Kapazitäten an Container usw.. Einen Standort würde seine Fraktion sicher mitgehen. Bei mehr Standorten wäre auch erstmal zu klären, ob dies in diesem Jahr überhaupt umsetzbar sei. Er wollte dazu gerne die Verwaltung hören.

Herr Knülle sagte, dass es einen einstimmigen Beschluss gebe, der im Hinblick auf Unterflurcontainer und deren Standorte Lösungen suchen solle. Eines wäre klar, dass sie sich hier vornehmen sollten, in diesem Jahr bei zwei Standorten und in den folgenden Jahren bei weiteren dieser Problematik Herr und dem Anliegen der Bürger gerecht zu werden. Seine Fraktion unterstützte daher den Antrag, in diesen Nachtrag Mittel für zwei Standorte aufzunehmen.

Frau Jung wiederholte, dass sie ein Problem mit der Festlegung auf den Standort

„Bachstraße“ habe, weil die Aussage gewesen sei, dass sie nach Standorten suchen, die günstig zu realisieren und nicht die großen Problemfälle sind. Ein Standort in der Nähe der Bahn würde einen solchen Unterflurcontainer deutlich verteuern. Deshalb würde sie gerne diesen Ansatz im Haushalt haben, sich auch dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anschließen und diesen für zwei Standorte erhöhen, aber die „Problematik Glascontainer Hangelar Bachstraße“ gerne wegstreichen. Sie beziehe sich hier auf den am 17.03.2015 im UPV beschlossenen Beschluss und nicht auf die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss, denn diese wäre eine Auswuchs der Jahre, in denen nichts passiert wäre.

Der Bürgermeister sagte zu, dass die Bachstraße von der Namensnennung in dieser Haushaltsmittelbegründung herausgenommen würde.

Herr Koculan spricht sich gegen die Mittelveranschlagung für Unterflurcontainer aus, weil seine Fraktion dies für unnötige Kosten halte.

Herr Rupp stellte klar, dass die veranschlagten Kosten die Durchschnittskosten für einen Standort darstellen würden. Er habe kein Problem damit die Kosten für zwei Standorte einzustellen. Er bitte aber darum, dies erstmal auf das eine Haushaltsjahr zu beschränken und abzuwarten, ob sie bis zum Doppelhaushalt klüger seien. Diese Angelegenheit solle dann insgesamt in den UPV verwiesen werden, um dort die Standortfragen nochmal im Einzelnen zu erörtern.

Der Rat fasste dann folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt für die Errichtung von zwei Unterflurglascontainersystemen Mittel in den Haushalt 2019 einzustellen und die Angelegenheit insgesamt in den Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss zu verweisen.

Mehrheitlich Ja
Jastimmen 42, Neinstimmen 2 (Linke), Enthaltungen 0

Zu der lfd. Nr. 2 der Synopse der Änderungsanträge der Fraktionen äußerte sich Herr Knülle für die antragstellende Fraktion. Er sei sehr erstaunt, dass das städtische Ordnungsamt zur Sicherheitserhöhung an diesem Standort eine andere Auffassung vertrete als die Kreispolizeibehörde. Er könne die Auffassung der Kreispolizeibehörde nicht nachvollziehen müsse sie aber selbstverständlich zur Kenntnis nehmen. Für ihn stelle sich daher die Frage, wie sie zu einer Verbesserung der Sicherheit für das Kreuzen dieser Straße kommen können. Sollte die Fachverwaltung zur Verbesserung der Sicherheit unabhängig von einem Zebrastreifen Geld benötigen, dann würde dieser Ansatz weiterhin Sinn machen. Sollte sie aber der Meinung sein, dass man alles so lassen und durch kleine bauliche Maßnahmen die Sicherheit nicht verbessern kann, dann sollte dieser Ansatz wieder rausgenommen werden. Er bat aber unabhängig davon, sich mit der Kreispolizeibehörde generell in dieser Angelegenheit nochmal ins Benehmen zu setzen und Erfahrungen auf anderen Ebenen einzuholen.

Herr Schell meinte, dass die Kreispolizeibehörde die Situation vor Ort besser als die Landespolizeibehörde einschätzen könne, möchte aber auch von der Verwaltung wissen, ob sie Möglichkeiten sieht, die Sicherheitssituation durch kleine bauliche Maßnahmen zu verbessern, für die Geld in den Haushalt eingestellt werden müsse.

Der Bürgermeister antwortete, dass zum jetzigen Zeitpunkt zu anderen, die Verkehrssicherheit verbessernden Maßnahmen, nichts gesagt werden könne.
Herr Rupp schlug daher vor, wegen der unbekannten Höhe, Mittel dafür derzeit nicht in den Haushalt einzustellen. Wenn konkret umzusetzende Maßnahmen feststehen, könnten diese aus Straßenunterhaltung finanziert werden. Wären die Mittel dort nicht auskömmlich, würden zusätzliche dafür bereitgestellt.

Herr Knülle zog daraufhin den Antrag zurück und bat die Verwaltung um Mitteilung, wenn sie zu der Erkenntnis gekommen wäre, dass es geeignete Maßnahmen gäbe.

Der Bürgermeister sagte dies zu.